

2
3 **Entwurf**
45 **Mobilitätspolitische Thesen der SPD in der Region Lüneburg**
67 **1. Einleitung**

8 Mobilitätspolitik beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, die
9 Umweltverträglichkeit unseres Handelns, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie die
10 Attraktivität von Stadt und Landkreis Lüneburg als wichtiger Lebens-, Arbeits- und
11 Tourismusstandort. Vor dem Hintergrund der notwendigen sozialökologischen Transformation,
12 steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der Region vor der Herausforderung, eine
13 Mobilitätsstrategie zu entwickeln, die diesen Anforderungen gerecht wird. In diesem Thesenpapier
14 legen wir dar, wie wir Mobilität als soziales Grundrecht für alle Bürgerinnen und Bürger begreifen
15 und gleichzeitig die ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen adressieren
16 wollen. Unsere Vision ist eine nachhaltige, inklusive und innovative Mobilität, die allen Menschen
17 in unserer Region gerecht wird.

18
19 Wir stehen vor großen mobilitätspolitischen Herausforderungen:

- 20
21 ■ Realisierung einer inklusiven Mobilität zur Sicherung der Teilhabe aller Bürgerinnen und
22 Bürger
- 23 ■ Bestands- und Neubaustrecke Hamburg – Hannover
- 24 ■ Höheres Containeraufkommen durch Hamburger Hafen und Fehmarn-Belt-Tunnel
- 25 ■ Neue Autobahnverbindungen in der Region
- 26 ■ Kündigung von metronom und Neuausschreibung
- 27 ■ Gründung MOIN und damit Neuaufstellung des ÖPNV im Landkreis Lüneburg
- 28 ■ Reaktivierung von Regionalstrecken
- 29 ■ Transformation zur klimaneutralen Mobilität in den urbanen Zentren und in den ländlichen
30 Räumen der Region
- 31 ■ Schaffung einer autoarmen Innenstadt in der Stadt Lüneburg
- 32 ■ Grundlegende Verbesserung des ÖPNV- Angebots im ländlichen Raum

33
34 **2. Mobilitätspolitische Grundsätze der SPD Lüneburg**

35 Mobilität ist für uns ein soziales Grundrecht, das heißt Mobilität

- 36 ■ ist inklusiv und zukünftig barrierefrei,
 - 37 ■ schafft Lebensqualität,
 - 38 ■ stärkt soziale Beziehungen durch Teilhaber aller Bürgerinnen und Bürger und erleichtert
39 die freie Wahl des Arbeitsplatzes
 - 40 ■ ist ein Gemeingut und gehört weitgehend in öffentliche Verantwortung
 - 41 ■ setzt öffentliche Infrastruktur voraus
 - 42 ■ muss in Zukunft klimaneutral sein
- 43
44

45 **3. Mobilitätspolitische Rahmensetzung**

46 Die SPD...

- 47 ▪ ... will den klimagerechten Umbau primär durch attraktive Mobilitätsangebote und weniger
- 48 durch ordnungspolitische Maßnahmen erreichen.
- 49 ▪ ... bekennt sich zum Ausbau der A39,
- 50 ▪ ... unterstützt den Umstieg des Güterverkehrs auf die Schiene,
- 51 ▪ ... unterstützt eine grundlegende Modernisierung der Deutschen Bahn und
- 52 ihres Streckennetzes als öffentliches Unternehmen,
- 53 ▪ ... will einen bezahlbaren Fern- und Nahverkehr,
- 54 ▪ ... unterstützt die Reaktivierung von Regionalbahnstrecken,
- 55 ▪ ... unterstützt einen attraktiven SPNV und ÖPNV,
- 56 ▪ ... unterstützt den Umstieg zugunsten der Elektromobilität und anderer klimaneutraler
- 57 Antriebsformen
- 58 ▪ ... unterstützt die intelligente Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsformen,
- 59 ▪ ... unterstützt die Durchsetzung einer klimaneutralen Mobilität,
- 60 ▪ ... verbindet gute Mobilität mit guter Arbeit,

61

62 **4. Fernverkehr**

- 63 ▪ Die Hansestadt Lüneburg muss als 80.000 Einwohnerstadt und 105.000 Einwohnern in
- 64 ihrem Umland in Zukunft als Knotenpunkt des DB-Fernverbindungsnetzes (ICE und IC)
- 65 erhalten und ausgebaut werden. Die Lüneburger SPD setzt sich für einen 1 Stundentakt
- 66 (tagsüber) im Personenfernverkehr sowohl in Richtung Hannover als auch in Richtung
- 67 Hamburg ein.
- 68
- 69 ▪ Die Lüneburger SPD setzt sich für die Reaktivierung der Direktverbindung nach Berlin ein.
- 70
- 71 ▪ Die Lüneburger SPD setzt ihre Priorität klar zugunsten einer Neubaustrecke entlang der A7.
- 72 Nur sie schafft die erforderlichen Kapazitäten, um die Schienenverkehre der Zukunft zu
- 73 bewältigen. Der schienengebundene Güterverkehr muss in Zukunft primär über die
- 74 Neubaustrecke entlang der A7 geführt werden.
- 75
- 76 ▪ Die Modernisierung der Bahnstrecke Hamburg – Hannover ist unabdingbar, um das
- 77 wachsende Personen- und Güterverkehrsaufkommen in Zukunft zu bewältigen. Beim
- 78 Ausbau dieser Strecke müssen Reibungsverluste für die Bevölkerung so weit wie möglich
- 79 minimiert werden.
- 80
- 81 ▪ Das 49 EURO-Ticket muss dauerhaft erhalten und zu einem 365 EURO weiterentwickelt
- 82 werden. Die SPD setzt sich außerdem für die Einführung Kurzstreckentarife ein, da
- 83 insbesondere ältere Menschen öfter auf den ÖPNV angewiesen. Alternativ ist die
- 84 Einführung eines 29 EURO-Ticket für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung zu
- 85 prüfen.
- 86
- 87 ▪ Der Bahnhof Lüneburg muss als Mobilitätszentrale und attraktiver Treffpunkt der
- 88 Reisenden ausgebaut werden.
- 89
- 90 ▪ Der Bahnhof Lüneburg sollte barrierefrei sein. Dafür sind unter anderem funktionierende
- 91 Fahrstühle und taktile Bodenbelege für Sehbehinderte eine Voraussetzung. Lange
- 92 Wartezeiten für Fahrstühle, wie aktuell in Lüneburg, sind nicht zu akzeptieren.

93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139

- Das Bahnhofsumfeld muss deutlich erweitert werden, um die Zunahmen der unterschiedlichen Verkehrsformen bewältigen zu können. Hierzu zählen insbesondere der Bau eines dritten Fahrradparkhauses, die Erweiterung des ZOB, die Verbesserung der Buszufahrten sowie zusätzliche Abstellmöglichkeiten für E-Busse. Das bestehende Fahrradparkhaus ist zu modernisieren.
- Schienennetz und rollendes Material sind sukzessive zu modernisieren, um Lärmemissionen so weit wie möglich zu vermeiden (auch zusätzlicher Einsatz von Lärmschutzwänden, neue Radaufhängungen etc.).
- Die DB soll durch geeignete Maßnahmen (Modernisierung, Digitalisierung, Streckenmanagement, Schneisen, Reparaturdienstleistungen) die Pünktlichkeit ihrer Bahnverbindungen optimieren.

5. Nahverkehr

- Bei der Neuausschreibung der Regionalstrecke Hamburg – Uelzen (bislang metronom) muss ein dauerhaft leistungsfähiger SPNV durchgesetzt werden. Dazu zählen auch Aus- und Weiterbildungsanforderungen und Kriterien guter Arbeit, um dem Fachkräftemangel im Regionalverkehr zu begegnen. Im Fall einer Vergabe der metronom-Strecken an ein anderes Unternehmen, sind die Arbeitsplätze zu erhalten.
- Die SPD strebt auf dieser Regionalstrecke langfristig die Realisierung eines 30 Minuten-Takts an.
- Auch bei den bereits bestehenden Regionalbahnen Lüneburg - Lübeck und Lüneburg – Dannenberg müssen Qualitätsleistungen überprüft und die Strecken ggf. modernisiert werden.
- Die SPD unterstützt ausdrücklich die Reaktivierung der Strecken Lüneburg-Bleckede und Lüneburg – Amelinghausen – Soltau als Rückgrat des ÖPNV im Stundentakt. Die Realisierung des Ausbaus bis nach Soltau ermöglicht eine zusätzliche Verbindung nach Bremen und wird daher ausdrücklich unterstützt. Es ist zu prüfen, inwieweit durch Bedarfshaltestellen zusätzliche Haltestellen an die Strecke angebunden werden können. Dafür sind die Rahmenbedingung seitens der LNVG zu schaffen.
- Die SPD unterstützt die Reaktivierung des Schienenpersonenverkehrs und die Intensivierung der Wendlandbahn nicht nur für großräumigere Verkehre zwischen Städten und größeren Orten, sondern zur Erschließung auch der an den Strecken liegenden kleineren Orte im ländlichen Raum im Sinne eines Regio-S-Bahn-Konzeptes. Dazu gehört auch der schon lange versprochene Bahnhalt in Adendorf. Die Schienenreaktivierung bietet die Chance den Immobilienmarkt Lüneburg zu entlasten.
- Für die Instandhaltung der Regionalstrecken ist das Land Niedersachsen aufgefordert ausreichend Mittel bereitzustellen.

140 6. ÖPNV

- 141 ▪ Die SPD unterstützt die Gründung einer eigenen ÖPNV-Gesellschaft. MOIN wird ab dem
142 Jahr 2026 z.T. in eigener Regie und z.T. mit Partnerunternehmern Busverkehre im
143 Landkreis anbieten. Mit der Kommunalisierung des ÖPNV erwartet die SPD schrittweise
144 eine deutliche Verbesserung des Busangebots (Takt, Service, Kommunikationssysteme).
145
- 146 ▪ Die SPD tritt dafür ein, dass mit dem öffentlichen Busangebot auch die Bedingungen guter
147 Arbeit hergestellt werden. Dies wird auch ein zentraler Beitrag zur Lösung des
148 Fachkräftemangels sein. Die SPD fordert ausdrücklich die Vergütung des Personals nach
149 TVöD. Auf Dauer strebt die SPD an, dass der gesamte Busverkehr von MOIN in eigener
150 Regie gefahren wird.
151
- 152 ▪ Die SPD verfolgt das Ziel, dass schrittweise alle Busse der MOIN-Flotte (einschließlich der
153 Subunternehmen) auf Elektromobilität umgestellt werden. Busse mit Verbrennungsmotor
154 sollen von MOIN nicht mehr angeschafft werden.
155
- 156 ▪ Zur Ergänzung des Bussystems tritt die SPD für die Realisierung eines plattformbasierten
157 flexiblen Demand-Systems ein, dass – vergleichbar mit dem Sprinti-System in der Region
158 Hannover - hohen Qualitätsstandards genügt. Dieses System soll von MOIN angeboten und
159 gemanagt werden. Ein solches flexibles Demand-System wird nur realisierbar sein, wenn
160 von den übergeordneten Gebietskörperschaften hinreichende Fördermittel bereitgestellt
161 werden. Die Lüneburger SPD unterstützt alle Initiativen in Niedersachsen, die eine starke
162 Förderung derartiger Demand-Systeme im Fokus haben. Das Demand-System soll so
163 gestaltet werden, dass es niedrigschwellig und barrierearm nutzbar ist.
164
- 165 ▪ Künftig ist dafür Sorge zu tragen, dass das Angebot von Bussen, flexiblen Demand-
166 Systemen, Regionalbahnen und Fernverkehren optimal aufeinander abgestimmt wird. Erst
167 dadurch ergibt sich ein attraktiver ÖPNV im ländlichen Raum, der die Bürgerinnen und
168 Bürger veranlasst auch Alternativen zum motorisierten Individualverkehr in Erwägung zu
169 ziehen.
170
- 171 ▪ Das Bus-Kommunikationssystem ist an den Bushaltestellen der Hansestadt und des
172 Landkreises sowie am ZOB durch Einrichtung einer digitalen und flexiblen Fahrplananzeige
173 zu erweitern. Die Einführung zusätzlicher Busspuren und Bus-Ampelphasen wird durch die
174 SPD unterstützt. In diesem Zuge sind Mikrohindernisse für den Busverkehr zu entfernen.
175
- 176 ▪ Die Lüneburger SPD setzt sich dafür ein, dass der Landkreis Modellregion für
177 Mobilitätsgarantie wird.
178
- 179 ▪ Die SPD setzt sich für ein stärkeres Engagement der Arbeitgeber für das Jobticket ein.

181 7. Stadtmobilität

- 182 ▪ Die SPD verfolgt grundsätzlich das Ziel einer autoarmen Stadt durch Maßnahmen, die
183 geeignet sind, Alternativen zum Individualverkehr so attraktiv wie möglich zu machen. Mit
184 diesem Ziel soll sowohl ein zentraler Beitrag zur Erlangung von Klimaneutralität als auch
185 eine größere Aufenthaltsqualität vor Ort erreicht werden. Mit einer höheren

186 Aufenthaltsqualität wird auch – wie die Erfahrungen anderer Städte zeigen - der
187 Einzelhandel, die Gastronomie und der Tourismus belebt.

188

189 ■ Die SPD setzt dabei nicht auf Verbote, sondern in erster Linie auf gute Angebote und
190 Freiwilligkeit sowie die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, dass mit der Belebung der
191 Straßen und Plätze in den Stadt- und Ortszentren jenseits des motorisierten
192 Individualverkehrs die Lebensqualität insgesamt steigt. In Einzelfällen muss ein Ausschluss
193 des Autoverkehrs, insbesondere des Suchverkehrs, durchgesetzt werden.

194

195 ■ In der Stadt Lüneburg soll grundsätzlich die Innenstadt mit dem PKW erreichbar sein,
196 wobei insbesondere die vorhandenen Parkhäuser und die größeren Parkplätze im Rahmen
197 einer verbesserten Verkehrsleitplanung angesteuert werden sollen. Park and Ride-Plätze
198 können in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Das Parkleitsystem ist zu erneuern
199 und zu verbessern.

200

201 ■ Die Mobilität der Zukunft muss immer so geplant werden, dass sie für Menschen mit
202 Behinderung Barrierefreiheit ermöglicht.

203

204 ■ Dazu gehört es auch, die Parkhäuser so zu gestalten, dass ihre Nutzung leichter, sicherer
205 und damit insgesamt attraktiver wird. Gerade für Pendlerinnen und Pendler sind auch
206 weiterhin kostenlose Stellplatzangebote erforderlich. Auch für Fahrräder sind ausreichend
207 geschützte und überwachte Flächen im innerstädtischen Bereich zu schaffen.

208

209 ■ Im Rahmen der Weiterentwicklung innerstädtischer Mobilität sollen in den kommenden
210 Jahren sollen aus Sicht der SPD E-Fahrzeuge Vorrang erhalten. Diese Priorisierung ist auch
211 deshalb geboten, weil mit den CO₂-Emissionen des Verbrennungsmotors erhebliche
212 gesundheitlichen Schäden sowie Schäden an den historischen Gebäuden der Stadt
213 unvermeidlich sind. Dies gilt sowohl für den privaten Autoverkehr als auch für
214 Lastfahrzeuge. Diese Vorrangigkeit soll in den nächsten Jahren schrittweise bis zum Jahr
215 2035 umgesetzt sein. Mit der neuen E-Busflotte von MOIN sollen schrittweise nur noch E-
216 Busse die Innenstadt Lüneburg erreichen.

217

218 ■ Der Busverkehr aus den Außenbereichen in die Innenstadt soll so organisiert werden, dass
219 Umstiege möglichst vermieden werden, gerade um älteren Menschen den Zugang in die
220 Innenstadt über den ÖPNV zu ermöglichen. Durch Einführung neuer
221 Kommunikationssysteme soll die Orientierung innerhalb des ÖPNV verbessert werden. Die
222 Verkehrsformen sind so aufeinander abzustimmen, dass eine gute Erreichbarkeit der Züge,
223 insbesondere die Verbindung nach Hamburg, für Pendlerinnen und Pendler sichergestellt
224 ist.

225

226 ■ Die SPD unterstützt die Schaffung neuer und besserer Rad- und Fußwege. Dabei orientiert
227 sie sich an den Bedarfen der Nutzer*innen. Eine rein symbolische Politik, die nicht zu
228 einem höheren Aufkommen des Fahrrad- und Fußverkehrs führt, wird von der SPD nicht
229 mitgetragen.

230

231 ■ Die Rad- und Fußwegeinfrastruktur sollte zeitnah den jeweils gültigen gesetzlichen
232 Vorgaben und Empfehlungen angepasst werden. Unfallschwerpunkte sollten neu definiert
233 und zeitnah umgestaltet werden.